SCHULDENKRISE DER KOMMUNEN

Fast pleite, aber spendabel

Zum Beispiel Neumünster: Die Stadt gibt endlich das Geld aus dem Konjunkturpaket II aus – und muss dafür doch die eigenen Schulden erhöhen.

VON Philip Faigle | 08. April 2010 - 08:00 Uhr

© Philip Faigle

Neumünster baut: Sieben Millionen Euro fließen aus dem Zehn-Milliarden-Konjunkturpaket der Bundesregierung in die Stadt

Hans-Jürgen Holland müssen die elektrischen Türen absurd vorkommen. Was soll der oberste Haushälter der Stadt auch denken, wenn er tagsüber die schlimmste Haushaltskrise seit Jahrzehnten bekämpft und abends demnächst durch die neuen Flurtüren des Rathauses schreitet? Türen, die auf Knopfdruck aufschwingen. Sie werden zurzeit im Auftrag der Stadt gebaut. Für 100.000 Euro!

Aber erstens ist Holland ein nüchterner Mann, den so schnell nichts aufregt. Und zweitens weiß er, wie es zusammengeht, dass Neumünster im Moment Millionen ausgibt – und gleichzeitig am Rande der Pleite steht. Holland, sauber gezogener Scheitel, dunkler Anzug, setzt sich an den Besprechungstisch seines Büros, streicht seine Krawatte glatt und schlägt eine Akte auf. Darin kann man das Drama nachlesen.

NEUMÜNSTER UND DAS KONJUNKTUPAKET II
Was passiert, wenn der Staat ein Konjunkturprogramm auflegt? Das wollte die ZEIT-ONLINE-Redaktion genauer wissen. Seit Anfang 2009 begleitet ein Reporter die Stadt Neumünster dabei, wie sie die Millionen ausgibt und berichtet regelmäßig aus der Stadt.

Neumünster, 80.000 Einwohner, eine Autostunde nördlich von Hamburg gelegen, geht es im Frühjahr 2010 nicht anders als den meisten Kommunen in Deutschland: Die Haushaltslage ist angespannt wie nie . Rund 26 Millionen Euro – so groß ist das Haushaltsloch voraussichtlich in diesem Jahr. Es wäre das höchste Defizit seit Jahrzehnten.

Selbst in den neunziger Jahren, als Neumünster schon einmal in einer schlimmen finanziellen Lage war, musste sich die Stadt nicht so drastisch verschulden.

Holland blättert durch die Akte. Neun Millionen Euro weniger Gewerbesteuer wird er in diesem Jahr einnehmen. Die Sozialkosten steigen hingegen, noch dazu ist ein Grundstücksverkauf vorerst geplatzt, der einen Privatisierungserlös in Millionenhöhe bringen sollte. Zu allem Überfluss hat die schwarz-gelbe Koalition in Berlin auch noch das »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« beschlossen, das Anfang des Jahres in Kraft trat. Es sieht etwa Erleichterungen für Filialbetriebe bei der Gewerbesteuer vor und kostet Neumünster zwei Millionen Euro jährlich.

Und dann ist da noch das Konjunkturprogramm. Sieben Millionen Euro bekommt Neumünster aus dem Zehn-Milliarden-Konjunkturpaket der Bundesregierung , das die damalige Große Koalition zu Beginn des vergangenen Jahres freigegeben hat. Inzwischen, rund ein Jahr später, sind mehr als die Hälfte der Aufträge vergeben, die ersten Rechnungen bezahlt. »Vieles läuft jetzt an«, sagt Claus-Peter Hillebrand, der die Bauprojekte im Neumünsteraner Rathaus überwacht.

Das ist die merkwürdige Gleichzeitigkeit, die man momentan in Neumünster beobachten kann: Die Stadt ist fast pleite – und erteilt Aufträge in Millionenhöhe.

Das neue Rathaus bekommt nicht nur neue Türen, auch die Toiletten werden behindertengerecht saniert. Im Südwesten der Stadt hat ein Abrissbagger einen Teil der maroden Kindertagesstätte Hauke Haien planiert; bald wird hier für zwei Millionen Euro ein Neubau entstehen. Die Integrierte Gesamtschule Brachenfeld bekommt eine neue Fassade, weil durch die alte der Wind pfiff.

In der Stadt sorgen die Konjunkturmillionen für gute Laune. Architekten und Baufirmen freuen sich über mehr Arbeit, Schulleiter und Eltern über die Sanierung maroder Gebäude, und die Politik und die Beamten der Stadt können Geld verteilen – mitten in der Krise. Der Investitionsstau in Neumünster war viele Jahre lang groß. Jetzt wird er abgebaut.

Auch in Berlin hätte man sich vor einem Jahr noch über die Nachricht gefreut. Damals konnte es der Regierung gar nicht schnell genug gehen mit der Konjunkturrettung. Im ersten Quartal 2009, als die Stadt mit den ersten Planungen begann, schrumpfte die deutsche Wirtschaft um 3,5 Prozent, jeder Euro Staatsnachfrage war willkommen. Jetzt aber, da die Wirtschaft wieder wächst, wirkt die Nachricht wie Geldverschwendung.

In der ganzen Republik verbauen die Kommunen im Moment große Summen an Staatsgeld. Zahlen des Bundesfinanzministeriums zufolge sind mittlerweile mehr als 83 Prozent der Mittel, die an die Kommunen fließen, bewilligt. Rund 1,73 Milliarden Euro haben die Länder und Kommunen bis Ende März bereits abgerufen und an die Unternehmen gezahlt. Der Anteil wird in den kommenden Wochen weiter steigen. Weil vielerorts der Winter die Bauarbeiten verzögerte, geht es jetzt erst richtig los, mitten im Aufschwung. Haben es die

Skeptiker nicht schon immer gesagt: Konjunkturprogramme wirken erst dann, wenn es zu spät ist?

Auch in Neumünster ist die Freude über die Konjunkturmillionen aus Berlin getrübt. Denn für Hans-Jürgen Holland, den Kämmerer, bedeutet das Konjunkturpaket erst mal vor allem eines: noch mehr Schulden. 1,5 Millionen Euro muss die Kommune selbst zu den Projekten zuschießen. Noch im Jahr 2008 war der Haushalt von Neumünster fast ausgeglichen, die Zuzahlung wäre leichter zu schultern gewesen. Nun aber ist die Haushaltsnot groß, und jede Million mehr auf dem Schuldenkonto bringt die Kommune weiter in Bedrängnis.

Schon jetzt hält Neumünster 65 Millionen Euro an Kassenkrediten. Eigentlich sind solche Kredite als eine Art Dispo gedacht, um kurzfristig Engpässe zu überbrücken. Den Kommunen ist es verboten, damit ihr Haushaltsdefizit zu decken. »Aber wir haben im Moment keine andere Wahl«, sagt Holland. Das Problem an diesen Krediten jedoch ist, dass die Zinsen variabel sind und bald steigen könnten. Weshalb Holland so schnell wie möglich runter will von den hohen Defiziten. »Für jeden Euro Schulden werden wir hohe Zinsen zahlen müssen«, sagt er. Deshalb schmerzen ihn auch die Millionen so sehr, die Neumünster zum Konjunkturpaket zuzahlen muss.

Und so kommt es, dass selbst Claus-Peter Hillebrand, der in Neumünster seit Monaten aufs Tempo drückt, jetzt so seine Zweifel hat. Braucht Neumünster wirklich neue Türen im Rathaus, wenn es doch auf der anderen Seite an Elementarem mangelt? Die Auflagen vom Land aber seien strikt gewesen: Das Projekt »barrierefreies Rathaus« sei eines der wenigen in der Stadt gewesen, die förderfähig waren. »Man kann sich schon fragen, ob die Schwerpunkte immer richtig gesetzt wurden«, sagt Hillebrand.

Aber fließt nicht einiges von den Millionen wieder zurück? Jeder Auftrag, den die Kommune vergibt, bedeutet schließlich auch höhere Umsätze der örtlichen Bauwirtschaft – und damit irgendwann mehr Gewerbesteuer. »Ich bin da skeptisch«, sagt Holland. Einige Aufträge sind an Unternehmen gegangen, die außerhalb von Neumünster angesiedelt sind und dort Steuern zahlen. Und überhaupt: Frühestens 2012 könnten die besseren Umsätze der Unternehmen in höhere Steuereinnahmen münden. Die Stadt braucht das Geld aber jetzt.

Insgesamt betrug das Defizit der deutschen Städte und Gemeinden im vergangenen Jahr 7,1 Milliarden Euro. Sie müssen es nach der Krise wieder abbauen. Claus-Peter Hillebrand, der Bauamtsleiter in Neumünster, fürchtet, dass in den nächsten Jahren selbst die einfachsten Instandhaltungen nicht mehr drin sein werden.

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 08.04.2010 Nr. 15
ADRESSE: http://www.zeit.de/2010/15/Finanzkrise-Neumuenster